

Erscheint wöchentlich 2 mal in Leipzig.  
 Bestellungen nehmen alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- und Auslandes an.  
 Für Leipzig nehmen Bestellungen an:  
 die Expedition, Hohe Str. 4.  
 H. Bebel, Petersstr. 18.  
 F. Thiele, Emilienstr. 2.

# Der Volksstaat

**Abonnementspreis:**  
 für Preußen incl. Stempelsteuer 17 Sgr., für die übrigen deutschen Staaten 19 $\frac{1}{2}$  Sgr. per Quartal, per Monat 4 $\frac{1}{2}$  Sgr., für Leipzig und Umgebung per Quartal 13 Sgr.  
 Filialabonnements für die vereinigten Staaten:  
 F. A. Sorge, Box 101  
 Hoboken N. J. via New York

Organ der sozial-demokratischen Arbeiterpartei und der Internationalen Gewerkschaften.

## An die Parteigenossen.

Der diesjährige Parteitag wird voraussichtlich am 8., 9. und 10. September in Mainz abgehalten werden. Wir fordern die Vertrauensmänner auf, etwaige Anträge der Mitglieder rechtzeitig an Unterzeichneten einzusenden.

### Der Ausbruch.

Im Auftrage:  
 Theod. Dora, Amandastraße, Platz 44.

## Die Internationale in Amerika.

Unsere Leser werden aus unsern amerikanischen Korrespondenzen bereits ersehen haben, daß in den Vereinigten Staaten unter den Mitgliedern der Internationale eine Spaltung eingetreten ist. Was sich in New-York in den letzten Monaten ereignet hat, ist in der That so neu in der Geschichte der Internationalen, daß es im Zusammenhang dargestellt zu werden verdient. Wir legen dabei einen Artikel der „Emancipation“ von Madrid (22. Juni) zu Grunde und ergänzen ihn aus den uns vorliegenden Original-Dokumenten.

Bekanntlich haben in Europa die Bourgeoisie und die Regierungen aus der Internationale einen erschrecklichen Popanz gemacht, der auch seinen Zweck erfüllte und alle guten Bürger so entsetzt hat, daß Niemand zu befürchten braucht, die Internationale werde je durch einen Massen Zutritt bürgerlicher Elemente ihren ursprünglichen Zwecken entfremdet werden. In Amerika geht das ganz anders. Dinge, worüber europäische Bourgeois und Regierungen in Krämpfe gerathen, erscheinen dort im Gegentheil interessant. Eine Gesellschaft, die ohne Grundbesitzenden Adel und ohne Monarchie auf rein bürgerlicher Grundlage großgewachsen ist, laßt über die kindischen Todesängste der europäischen Bourgeoisie, die noch immer nicht — auch in Frankreich wenigstens geistig nicht — der Zucht der Monarchie und des Adels entwachsen ist. Je fürchterlicher also die Internationale in Europa erschien, je ungeheuerlicher die Korrespondenten der amerikanischen Presse sie darstellten — und Niemand versteht greller zu malen als diese Herren — desto mehr fand man in Amerika, daß die Internationale sich jetzt dazu eign. Kapital aus ihr herauszuschlagen, Geldkapital und politisches Kapital.

Wieweit die amerikanische Gesellschaft der europäischen voraus ist, zeigt sich schlagend an der Thatfache, daß es zwei amerikanische Damen waren, die dies zuerst entdeckten und darauf ein Geschäft zu begründen versuchten. Während die Männer der europäischen Bourgeoisie vor der Internationalen zitterten, saßen zwei amerikanische Bourgeoisweiber, Frau Victoria Woodhull und ihre Schwester Fräulein Tenni Claflin (Herausgeber von „Woodhull and Claflin's Weekly“) den Plan, diese Schaudergesellschaft zu exploiren. Und beinahe wäre es ihnen gelungen.

Diese beiden Schwestern, Millionärinnen, Predigerinnen der Frauen-Emancipation und besonders der „freien Liebe“, traten resolut in die Internationale ein. Sektion Nr. 9 bildete sich unter Leitung von Fräulein Claflin, Sektion Nr. 12 unter der von Frau Woodhull; bald darauf folgten neue Sektionen in den verschiedensten Theilen von Amerika, alle gebildet von den Anhängern des Schwesterpaars. Nach der bestehenden Einrichtung hatte jede Sektion das Recht, einen Delegirten in das in New-York tagende Central-Komitee zu senden. Die Folge war, daß sehr bald dieser ursprünglich aus deutschen, irischen und französischen Arbeitern zusammengesetzte Föderalrath von einer Menge amerikanischer bürgerlicher Abenteurer aller Art und beiderlei Geschlechts überfluthet wurde. Die Arbeiter wurden in den Hintergrund gedrängt, der Sieg der beiden spekulirenden Schwestern erschien gewiß. Jetzt trat Sektion Nr. 12 in den Vordergrund und erklärte den Stiftern der amerikanischen Internationalen, worum es sich eigentlich handle.

Am 30. August 1871 erließ Sektion 12 ihr Manifest, gezeichnet W. West, Sekretär. Darin heißt es: „Das Endziel der Internationale ist einfach, den männlichen und weiblichen Arbeiter durch Eroberung der politischen Macht zu emancipiren. Es schließt ein: zuerst die politische Gleichheit und soziale Freiheit beider Geschlechter. Politische Gleichheit bedeutet die persönliche Theilnahme eines Jeden an der Vorbereitung, Verwaltung und Ausführung der Gesetze, nach denen Alle regiert werden. Soziale Freiheit bedeutet vollständige Sicherstellung vor aller und jeder ungebührlichen Einmischung in alle Angelegenheiten rein persönlicher Natur, als z. B. religiöse Ueberzeugung, das Geschlechtsverhältniß, Kleidertracht u. s. w. Ferner ist darin einbezogen die Errichtung einer Universalregierung für die ganze Welt. Selbstredend ist auch die Abschaffung aller Sprachverschiedenheit in diesem Programm einbezogen.“

Damit kein Mißverständnis möglich sei über den Zweck, um den es sich handelte, wird eine Organisation verlangt, wozu „womöglich in jedem Urwahlbezirk eine Sektion bestehen soll für die Erleichterung der politischen Aktion. . . in jeder Stadt muß ein städtisches Comité, dem bestehenden Stadtrath entsprechend, existiren, in jedem Staat ein Staatskomitee, entsprechend den gesetzgebenden Räten des Staates, und für die ganze Nation ein Nationalkomitee, entsprechend dem Kongreß der Vereinigten Staaten. . . Die Arbeit der Internationale schließt nichts Geringeres ein, als die Bildung, innerhalb der bestehenden Formen, einer neuen Regierungsform, die

die alten zu ersetzen bestimmt ist.“ Also nicht die Grundlagen des bestehenden Staates umzuwälzen, sondern ihn auszubeden, war hiernach der Beruf der Internationalen. Herr West hatte in der That Recht, als er („Woodhull und Cl. Weekly“ 2. März 1872) ausrief: „Die Erlassung des Manifests von Sektion 12 war der Beginn einer neuen Aera in der Geschichte der Internationalen!“

Um diese „neue Aera“ durchzuführen, war es vor Allem nöthig, die Fesseln der bisher unbestritten zu Recht bestehenden Generalstatuten und Kongreßbeschlüsse abzuschütteln. Demgemäß proklamirte Sektion Nr. 12 („W. u. C. Weekly“, 21. October 1871) „das unabhängige Recht jeder Sektion, die Kongreßbeschlüsse, die Statuten und Beschlüsse des Generalraths (soll heißen die allgemeinen Statuten und Verwaltungs-Vorordnungen der Association) frei auszulegen, indem jede Sektion für ihr eigenes Auftreten verantwortlich ist.“

Der Unsinng wurde jetzt zu arg. Statt Arbeitersektionen bildeten sich Sektionen aller möglichen bürgerlichen Schwindler, Irreder Liebenden, Geisteskranker, geisteslosender Thakts u. s. w., und so erließ Sektion Nr. 1, die erste in Amerika gebildete Sektion der Internationalen (Deutsche) endlich einen Aufruf, worin der wesentlich proletarische Charakter der Association, gegenüber diesem Schwindel, hervorgehoben wurde. Die amerikanische Muttersektion Nr. 12 antwortete sofort. In „W. u. C. W.“ vom 18. November 1871 erklärte sie durch ihren Sekretär West: „Die Ausdehnung des gleichen Bürgerrechts auf die Frauen muß, in der ganzen Welt, vorhergehen jeder allgemeinen Veränderung im Verhältniß zwischen Kapital und Arbeit. . . Die Sektion Nr. 12 muß ebenfalls sich erheben gegen die falsche Annahme, die den ganzen Protest (der Sektion 1) durchbringt, als sei die internationale Arbeiter-Association eine Organisation der Arbeiterklasse.“ Am 25. November folgt ein neuer Protest der Sektion 12, worin es heißt: „Die Behauptung (der Generalstatuten), daß die Arbeiterklasse nur durch sie selbst emancipirt werden kann, ist nicht zu leugnen, aber sie ist wahr bloß in dem Sinn, daß die Arbeiterklasse nicht gegen ihren eigenen Willen emancipirt werden kann.“

Der Krieg kam endlich zum Ausbruch zwischen den Staats-Ausbeutern, Stellenjägern, Freiliebenden, Geisteskranken und anderen bürgerlichen Schwindlern auf der einen Seite, und auf der andern den Arbeitern die in ihrer Einsicht sich in der That eingebildet hatten, die Internationale Arbeiter-Association sei, auch in Amerika, eine Organisation nicht der Bourgeois, sondern der Arbeiterklasse. Die deutsche Sektion Nr. 1 verlangte vom Central-Komitee die Entzerrung der Sektion 12 und die Ausschließung der Delegirten aller Sektionen, die nicht aus mindestens zwei Dritteln von Lohnarbeitern beständen. Auf diese Forderung hin spaltete sich das Central-Komitee; ein Theil der Deutschen und die Irländer nebst einigen Franzosen unterstützten die Sektion 1, während die Amerikaner nebst der Mehrzahl der französischen und zwei deutschen (Schweizer'schen) Sektionen ein neues Central-Komitee bildeten.

Das alte Komitee (das wir Nr. I nennen) erließ am 4. Dezember ein Circular, worin es die Sachlage folgendermaßen schildert: „In dem Central-Komitee, welches eine Abwehr gegen alle Reformschwindeleien sein sollte, bestand schließlich die Majorität aus schon beinahe in Vergessenheit gerathenen Reformatoren und Volksbeglückern, und so kam es, daß die Leute, die das Evangelium der freien Liebe predigten, drüberliefen neben denen saßen, welche die ganze Welt mit einer gemeinsamen Sprache beglücken wollten; Land-Cooperativ-Gesellschaften, Geisteskranker, Atheisten und Deisten, jeder suchte sein Stiefpferd zu reiten. Namentlich Sektion 12 (Woodhull). . . Der erste Schritt, welcher hier gethan werden muß, um die Bewegung zu fördern, ist: zu organisiren und gleichzeitig das revolutionäre Element anzuregen, welches in dem Gegensatz der Interessen des Arbeiters und des Kapitalisten liegt. . . Die Delegirten der Sektionen 1, 4, 5, 7, 8, 11, 16, 21, 23, 24, 25 und andere Sektionen, nachdem sie gesehen, daß alles Bemühen, diesem Unsinng zu steuern, vergeblich war, beschloßen deshalb nach unbestimmter Vertagung des alten Central-Komitees, (3. Dezember 1871) ein neues zu gründen, welches aus wirklichen Arbeitern besteht.“

Inzwischen tagte das Central-Komitee Nr. II (Woodhull) ebenfalls fort und füllte sich mit einer Menge Delegirten von angeblichen neuen Sektionen, gestiftet hauptsächlich durch Sektion 9 und 12, aber meist so schwach, daß sie kaum hinreichend Mitglieder hatten, um nur die nothdürftigsten Beamtenstellen (Sekretär, Kassirer u.) zu besetzen.

Beide Komitees appellirten an den Londoner Generalrath. Inzwischen zogen verschiedene Sektionen (z. B. die französische Nr. 10 und sämtliche irische Sektionen) sich bis zur Entscheidung des Generalraths von beiden Komitees zurück.

Am 5. und 12. März sagte der Generalrath seine bereits im „Volksstaat“ (Nr. 37) veröffentlichten Beschlüsse. Sie suspendirten Sektion 12, riefen zur Vereinigung beider Komitees bis zu einem amerikanischen Kongreß, der in der Sache entscheiden werde, und empfahlen für die Zukunft die Abweisung aller Sektionen, die nicht mindestens zwei Drittel Lohnarbeiter zählten. Diese Beschlüsse, trotz ihrer aus guten Gründen, fast ausschließlich empfehlenden Form, entschieden das Schicksal der Internationalen in Amerika. Indem sie der Sache nach

dem Komitee Nr. I Recht gaben, machten sie es den Bourgeois des Komitees Nr. II unmöglich, fernerhin den Namen der Internationalen für ihre besondern Zwecke auszubeden.

Seit dem Eintritt der Spaltung hatte das Komitee Nr. II in direkter Verletzung des Londoner Kongreßbeschlusses Nr. 17, welcher gebot, alle inneren Angelegenheiten der Association nur innerhalb der Sektionen und Föderationen, und nicht vor dem großen Publikum, zu behandeln, die Berichtserläuter der Newyorker Presse zu allen seinen Verhandlungen zugezogen und dafür gesorgt, daß die ganze Angelegenheit in den vertrauenslichsten Bourgeoisblättern besprochen wurde. Dasselbe geschah jetzt, als dies Komitee gegen den Generalrath losfuhr, den berückt zu haben, es sich eingebildet hatte. Die gemeinsten Blätter von Newyork, wie der „Herald“ u. s. w., wurden durch Komitee Nr. II in den Stand gesetzt zu erklären, die ganze Sache sei ein Streit zwischen Deutschen und Franzosen, Kommunismus und Sozialismus u. s. w., und die Gegner der Arbeiter in Newyork jubelten über die angebliche Vernichtung der Internationalen in Amerika.

Dabei blieb aber das Komitee Nr. II stets besorgt, der Welt mitzutheilen, daß die Internationalen keine Arbeitersektionen, sondern eine Bourgeoisgesellschaft sei. Schon am 16. Decbr. 1871 hatte ihr Organ, „Woodhull u. Claflin's Weekly“, erklärt: „Bei unserm Komitee braucht nicht nachgewiesen zu werden, daß zwei Drittel oder irgend welcher Bruchtheil einer Sektion Lohnsklaven sind, als ob es ein Verbrechen wäre, frei zu sein;“ und am 4. Mai 1872 erklärte es wieder: „In dem Dekret des Generalraths entblödet man sich nicht zu empfehlen, daß in Zukunft keine amerikanische Sektion zugelassen werden soll, die nicht mindestens aus zwei Drittel Lohnsklaven besteht. Müßen sie auch politische Sklaven sein? Das eine ist so gut wie das andere. Die Eindrängung von „Schwindelreformatoren, Volksbeglückern, Bourgeoisquackalbern und politischen Schacherern“ ist gerade am meisten zu befürchten von derjenigen Klasse von Bürgern, die von nichts Anderem zu leben haben, als vom Ertrag der Lohnsklaverei.“

Das Komitee Nr. II hatte hiermit, nach einer Seite hin, sein letztes Wort gesprochen. Nicht nur war es eine Ueberheit zu glauben, die Internationale Arbeiter-Association sei eine Vereinigung von Arbeitern — noch mehr, sie kann erst ihren Zweck recht erfüllen, wenn sie alle Arbeiter, alle Lohnsklaven ausschließt oder wenigstens für verdächtig erklärt.

Und welches ist denn der Zweck der Internationalen Arbeiter-Association (ohne Arbeiter) in Amerika? Auch dies wird uns jetzt klar gemacht. Die Wahlen für einen neuen Präsidenten der Vereinigten Staaten rücken heran.

Das unvermeidliche Damenblatt „W. u. C. W.“ vom 2. März 1872 enthält einen Artikel, betitelt: Die bevorstehende vereinigte Convention, worin es heißt: „Es wird jetzt ein Vorschlag berathen von den Vertretern der verschiedenen reformatorischen Elemente des Landes, eine große Gesamtversammlung im Mai hier abzuhalten. . . In der That, wenn diese Versammlung klug handelt, wer weiß, ob nicht die Reste der verstorbenen demokratischen (d. h. klavereifreundlichen) Partei ans Tageslicht kommen und daran Theil nehmen. . . Alle Radikalen sollten dort vertreten sein“ u. s. w.

Dasselbe Blatt enthält nun Woche auf Woche Aufrufe an alle Weltverbesserer, „Arbeits-, Grundbesitz-, Friedens- und Mäßigkeitsreformer, Internationale, Frauenstimmrechtsdoktoren und Alle, die da glauben, daß die Zeit gekommen ist, die Prinzipien wahrer Moralität und Religion (!) auszuführen“, unterzeichnet zuerst von Victoria Woodhull, dann von Th. S. Banks, R. W. Hume, G. R. Allen, W. West, G. W. Waddooz, T. Millot, kurz von den Hauptleuten des Komitees Nr. II. In allen diesen Aufrufen wird ausdrücklich gesagt, daß die Delegirtenversammlung Kandidaten für die Präsidentschaft und Vice-Präsidentschaft der Vereinigten Staaten aufstellen wird.

Endlich am 9., 10. und 11. Mai findet in der Apollo-Halle in Newyork diese ungeheuerliche Delegirten-Versammlung statt. Alle männlichen und weiblichen Querköpfe Amerikas waren dort vereinigt. Das Komitee Nr. II war in Masse gegenwärtig. Man beschloß als Kandidatin für die Präsidentschaft der Vereinigten Staaten Frau Victoria Woodhull aufzustellen, und zwar im Namen der Internationalen.

Das schallende Gelächter von ganz Amerika antwortete hierauf. Die bei der Sache interessirten spekulirenden Amerikaner ließen sich dadurch natürlich nicht irren machen. Anders mit den Deutschen und Franzosen, die sich hatten hineinreihen lassen. Sektion 2 (französisch) setzte ihren Delegirten zum Komitee Nr. II ab und unterwarf sich den Beschlüssen des Generalraths. Sektion 6 (deutsch) setzte ebenfalls ihren Delegirten vom selben Komitee Nr. II, Dr. Große, Ex-Privatsekretär des Berliner Schweiger, ab und zog sich vom Komitee Nr. II zurück, bis es sich den Generalrathsbeschlüssen unterwerfe. Am 20. Mai zogen sich weitere acht Sektionen — Franzosen und Deutsche — vom Komitee Nr. II zurück, das jetzt nur noch die bekannten zweideutigen amerikanischen Elemente vertritt, die in der That schon vor ihrem Eintritt in die Internationale zusammengehört hatten — Madame Victoria Woodhull nebst Zubehör. Diese erklären jetzt, daß sie eine aparte, ausschließlich amerikanische Internationale stiften wollen, was ihnen natürlich freisteht.

Inzwischen hat der Generalrath auf die Anfrage der deutschen Sektion von Saint Louis und der französischen von Neu-Orleans erklärt, daß er nur das Komitee Nr. 1 (jetzt provisorischer Föderalrath der Vereinigten Staaten) anerkennt. Und damit hat der Feldzug der Madame Victoria Woodhull zur Eroberung der Internationalen sein letztes Absehen erreicht.

Die „Emancipation“ fügt hinzu: „Alle Unparteiischen müssen sich nach diesen Thatsachen fragen: wann und wie hätte dieser Skandal ein Ende genommen, wenn kein Generalrath existierte mit der Vollmacht, die Grundprinzipien der Internationalen aufrecht zu halten und Sektionen und Föderationen zu suspendiren, die die Association in das Werkzeug ihrer politischen oder persönlichen Zwecke zu verwandeln versuchten.“

### Politische Uebersicht.

Von unfrem heidenmäßig vielen Geld, auf das die milliardendeckeltesten Patrioten seit länger als einem Jahre pochen — im Geiste hoffend, die blanken Goldfranes in ihre Taschen wandern zu sehen, ist merkwürdigerweise nirgends was zu finden. Anlässlich der jüngsten Verhandlungen mit Frankreich über die Zahlungstermine der letzten drei Milliarden sagt der conservative, aber vom Berliner Pressbureau unabhängige „Münchener Correspondent“:

„Es ist unwar, wenn die „Provinzial-Correspondenz“ versichert, Deutschland habe finanziell die entfernteren Zahlungstermine ruhig abwarten können. Deutschland und Norddeutschland insbesondere braucht die halbe Milliarde, welche jetzt in einigen Wochen eingehen soll, ganz nothwendig. Man hat bisher auch im Reichskanzleramt die Milliarden für eine unerschöpfliche Quelle gehalten, und der Reichstag hat kein Bedenken getragen, eine Anweisung nach der andern auf die Milliarden gutzuheißen. Nun haben sich aber die wirklichen Kriegskosten und insbesondere die Reestablishmentkosten als so überaus beträchtlich herausgestellt, daß die bisher von Frankreich gezahlten zwei Milliarden nicht entfernt ausreichen, um auch nur die im Jahre 1872 fällig werdenden Beträge der auf die französische Kriegsschädigung angewiesenen Kosten decken zu können. Nicht nur, daß von den zwei Milliarden kein Silbergröschlein übrig ist, um die Kriegsanleihe von 1870 im Betrage von 113 Millionen Thln. zurückzahlen zu können, der davon noch erübrigende Rest genügt nicht einmal, um die 1872 noch fällig werdenden Reestablishmentkosten zu decken. Ohne die neue halbe Milliarde hätte Norddeutschland jetzt neue Anleihen zu der noch restirenden Kriegsanleihe aufnehmen müssen, um bis zu dem ursprünglich stipulirten Zahlungstermin die auf die Kriegsschädigung bereits angewiesenen Ausgaben vollständig decken zu können. Wenn gleich die Regierungsvorsteher in den Reichstags-Kommissionen diese Sachlage als richtig bestätigten mußten, so wurde eine offizielle Darstellung derselben doch im Einverständnis mit der Kommission nicht gegeben, weil ein solches Astenstück, in die Hände der französischen Gesandtschaft gelangt, wahrscheinlich Frankreich veranlaßt haben würde, an die Zahlung der ersten Rate für sich noch günstigere Bedingungen zu knüpfen. Immerhin aber deutet unsere Konzeption, wonach schon unmittelbar nach Zahlung dieser halben Milliarde zwei Departements geräumt werden, darauf hin, von welcher Bedeutung für unsere Finanzlage gerade die alsbaldige Zahlung dieser ersten halben Milliarde ist.“

Es wird also bald von Neuem Krieg geführt werden müssen, um durch noch höhere Schulden die alten in Vergessenheit zu bringen.

Ueber die Berliner Conferenz bezüglich der „sozialen Frage“ schreibt der „Volkswille“: „Wie man in Regierungskreisen die Conferenzen auffaßt, beweist der Umstand, daß u. A. ein Polizeibeamter Namens Schmidt nach Berlin geht, dessen Vergangenheit große Ähnlichkeit hat mit der des Herrn Stieber. Schmidt war zur Zeit des Ministeriums Hohenwart eine der leitenden Persönlichkeiten im Pressbureau. — Er wurde von dem Minister Unger aus dem Pressbureau entfernt, was den Minister Lasser veranlaßt haben mag, dem Manne seine besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden. Dieser Freiherr v. Lasser ist überhaupt ernstlich bestrebt, Oesterreich seinen alten Ruf in Bezug auf politische Machtentfaltung zu bewahren. Ihm gebührt das Verdienst, den neuesten Feldzug gegen die „Internationale“, welche er als eine geheime Gesellschaft, die auch in Oesterreich geheim conspirirt, zu betrachten scheint, eröffnet zu haben. In einem Erlaß vom 21. Juni — der Historiker möge sich dieses Datum besonders merken — fordert der Minister des Innern die Statthalter auf, darüber zu berichten — „ob von einzelnen Arbeitern nicht geheime Abzeichen der „Internationale“, als da sind: Stecknadeln von weißpolirtem Metall in Form einer altmodischen Haube oder von zwei um den Stiel eines aufwärts stehenden Hammers vereinten Händen, ferner Lederklappen mit aufstrebendem Schild, rothe Halsketten, blaue Blousen, rothe Kollarden auf der inneren Seite des Rockes oder sonstige auffällige Abzeichen getragen werden.“

Dagegen nimmt die „Elberfelder Zeitung“ Herrn von Lasser in Schutz und sagt Bismarck sei das „Karnickel“ gewesen, das „angefangen“ hat. In einer Berliner Correspondenz des gedachten Blattes heißt es: „Die hiesige und die österreichische Regierung haben sich noch nicht über eine Grundlage für die in Aussicht genommenen Konferenzen wegen der sozialistischen Bewegung verständigen können und dürfte daher die ganze Sache im Sande verlaufen. Graf Veust, welcher noch der alten Schule angehört, die da meint, daß man mit Polizeimaßregeln alles machen kann, hatte im vorigen Sommer den Plan des Fürsten Bismarck zu solchen Konferenzen mit großem Enthusiasmus aufgenommen, und wenn es nach seinem Sinne gegangen wäre, so hätte ein deutsch-österreichischer Sozialisten-Verfolgungsverein allen Gefahren, die durch die Bewegung in der Arbeiter-Bevölkerung drohen, ein schnelles Ende gemacht. Seitdem hat sich aber in Wien manches geändert; der Nachfolger des Grafen Veust wollte allerdings das Versprechen, daß Oesterreich sich an solcher Konferenz betheiligen werde, nicht zurückziehen, aber er verlangte, daß man sich mit der Frage beschäftige, wie die Lage der Arbeiter so verbessert werden könne, daß sie den Einflüsterungen der Agitatoren gegenüberstand seien, und nicht mit derg-

Frage, wie die Agitation gewaltsam zu unterdrücken sei. Das letztere war aber der Hauptzweck unserer Regierung, und sobald diese Differenz in den Anschauungen hervortrat, verlangte das Wiener Cabinet, daß vor allem die Punkte, über welche diskutiert werden sollte, festgestellt werden müßten. Es sollen nun von Berlin aus Vorschläge in dieser Beziehung gemacht worden sein, aber es heißt, daß Graf Andrassy dieselben nicht so präzis gefaßt gefunden habe, daß sie nicht auch die Ausdehnung auf ein Feld zulassen, welches das jetzige österreichische Ministerium nicht betreten will.“

Man geht wohl nicht fehl, wenn man, indem weder Herrn von Lasser noch Herrn von Bismarck die ganze Schuld aufgebürdet wird, „allebeide“ zu dem Lobe verurtheilt, welches Heine dem Rabbi und dem Pfaffen gleichmäßig zuerkennt.

Der aus dem Leipziger „Hochvertrathsprozeß“ bekannte Geschworenen-Obmann Steiger ist sehr erbozt über den Brief Freytags (Blauen) in Nr. 51 des „Volkstaat“. Daß nicht alle in jenem Prozeß thätigen Geschworenen Lust haben, in dem nämlichen Lichte vor der öffentlichen Meinung zu stehen, wie der Herr Geschworenenobmann Steiger, dünkt dem Geschworenen-Obmann Steiger ein strafwürdiges Vergehen, das er dem Staatsanwalt „mitgetheilt“ (in gewöhnlicher Sprache denunziert) hat, damit „derselbe das Nöthige besorge“. Wir begreifen wirklich den Zorn des Herrn Steiger nicht; der Herr Geschworenen-Obmann hat sich ein so großes Verdienst um die „Unschädlichmachung“ der zwei Erz-„Hochverräther“ erworben, daß es ihm nur lieb sein kann, wenn er den Ruhm nicht mit allzu Vielen zu theilen hat. Ein Axtel ist doch mehr als ein Zwölfel, von dem Löwenantheil, der dem Obmann gebührt, gar nicht zu reden. Oder schämt sich etwa Herr Steiger? Nach seinen tugendhaft-selbstzufriedenen Worten am Schluß des Prozeßes scheint uns das unmöglich. Doch halt! Was sieht im „Dresdener Journal“? „Strike der Landarbeiter auf dem Rittergut Schweta, Besitz der Geschworenen-Obmann Steiger.“ O Wunder! Ja — jetzt verstehen wir den Zorn des Herrn Steiger. Bebel und Liebknecht glücklich nach Hubertusburg geschickt und doch Strike! Strike auf dem Mustergut des Musterökonom Steiger! Und darum Geschworenenobmann im Leipziger „Hochvertrathsprozeß.“ Es ist zum Tollwerden. Wir aber danken Herrn Steiger zum Abschied dafür, daß er, freilich ohne es zu wollen, die Angaben des Freitag'schen Briefes bestätigt hat, und verweisen ihn vorläufig zum Lohn für seine gelungene Gesellschaftsrettung in die — Strikeliste.

Der Lock-out der Londoner Bauarbeiter dauert fort; die Zahl der ausgeschlossenen Maurer und Zimmerleute betrug nach den letzten Nachrichten 12,000, wozu aber die Tagelöhner, deren Zahl nicht genau festzustellen ist, sich jedoch unzweifelhaft noch höher beläuft, hinzurechnet werden müssen, so daß wir ein Total von ungefähr 30,000 haben. Die Societymen (Gesellschafts- u. h. Gewerkschaftsmitglieder) bekommen volles statutenmäßiges Wochengeld, und auch für die Nicht-Societymen ist ausreichend gesorgt; nur die Tagelöhner, denen bisher jede Organisation gefehlt hat, sind in einer etwas prekären Lage; jedoch bei Weitem nicht in dem Maße, wie von einigen Zeitungen behauptet wird; und außerdem nur vorübergehend, da ihre Unterstützung jetzt regulirt zu werden beginnt. Jedenfalls hat der Lock-out für die Tagelöhner die gute Wirkung gehabt, ihnen die Nothwendigkeit der Organisation zu zeigen, und es sind bereits großartige Ansätze zur Gründung einer Labourers'-Union (Tagelöhner-Gewerkschaft) gemacht, wovon demnächst mehr.

Unter den Arbeitern herrscht der beste Geist und festes Zusammenhalten, während es mit der Einigkeit der Meister nicht weit her ist. Die großen Meister sind allerdings sämmtlich für Bekämpfung der Arbeiter bis zum Aeußersten, aber die kleinen Meister kommen immer mehr zu der Ueberzeugung, daß sie bei einem verlängerten Kampf zu Grunde gehn müssen; und sie erinnern sich mit Schrecken der Erfahrung aus früheren Strikes, die regelmäßig massenhafte Bankrotte der kleinen, dagegen Bereicherung der großen Meister zur Folge hatten, wie dies ja in der Natur der Sache liegt. Unter solchen Umständen ist der Austritt sämmtlicher kleinen Meister aus der Meister-Coalition zu erwarten und dann müssen die großen Geldproben zu Kreuz kriechen. Indef, wenn dies auch nicht geschehen sollte, so sind die Arbeiter stark genug, den Kampf zu siegreichem Ende zu führen.

Die Bewegung unter den Englischen Landarbeitern behut sich stetig aus, und hat bereits auch in Schottland Wurzel gefaßt.

**Würzburg, 13. Juli.** Redakteur Memminger ist nach zweitägiger Verhandlung von den Geschworenen zweier Vergehen wegen Amtsehreubeleidigung — verurtheilt unter mildern Umständen — für schuldig erkannt und vom Gerichtshof zu einem Monat Gefängnis verurtheilt worden. Ueber den Inhalt der Anklage berichtet das „Würzburger Journal“:

Memminger ist beschuldigt in Nr. 297 des „Würzburger Journals“ einen von ihm selbst unterzeichneten und „Ein Opfer des Krieges“ überschriebenen Artikel veröffentlicht zu haben, worin er sich über verschiedene, ihm s. Z. von dem Studenten Joseph Schultheiß aus Schweinfurt, — welcher als Soldat des 9. Infanterie-Regiments in den Jahren 1870/71 den Krieg gegen Frankreich mitgemacht und sich sodann im Dezember 1871 im Guntzenberger Walde bei Würzburg durch einen Pistolenschuß entleert hatte, — gemachte Mittheilungen verbreitet, als Ursache der Selbstenlebung des Benannten, die ihm von seinen Vorgesetzten während des bezeichneten Krieges wiederholte Behandlung bezeichnet hatte. In diesem Artikel wird nun insbesondere a) dem Igl. Hauptmann Julius Schieder und dem Igl. Premierlieutenant August Frauendörfer mit Beziehung auf ihren Verurtheilung gemacht, den Joseph Schultheiß durch Giftmord malkrattirt und höchlich mißhandelt zu haben; b) ferner die Behauptung aufgestellt, der Igl. Premierlieutenant Frauendörfer habe in Ausübung seines Berufes den Schultheiß trotz seiner in der Schlacht bei Worth erlittenen Verwundung genöthigt, mit einem höchst oberflächlich angelegten Verbande nicht nur in der Truppe zu marschiren, sondern auch nach Zurückziehung der Kompagnie aus dem Treffen sich allein wieder auf die Schlachtfeld zu begeben um einen Tornister zu holen. Da nun die behaupteten Thatsachen für geeignet befunden wurden, die betreffenden Offiziere in der öffentlichen Meinung herabzuwürdigen, so wurde vom Igl. Premierlieutenant Frauendörfer sonoth, als auch von Seite des vorgelegten Generalcommando Bestrafung beantragt und hat das I. Appellationsgericht diese Sache vor das Schwurgericht verwiesen.

**Leipzig.** Zum Bebel'schen Majestätsbeleidigungsprozeß schreibt die „Frankfurter Zig.“ vom 12. Juli:

„Wenn es sich darum handelte, die reichsfreundlichste Stadt zu entdecken, wir würden keinen Augenblick ansetzen, selbst vor Prag noch Leipzig zu nennen, wo Fürst Bismarck gar musterhaft seine Leute gebildet hat. Vergelt's ihnen der Himmel, indem er die Stadt zur Reichsfestung erhebt und ihr ein paar Reiterregimenter mit pommerischen Junkern und Posenischer Mannschaft in Garnison legt! Einen neuen Beweis der Gefeltheit ihres nach Darwins Meinung äußerlich unsichtbar geordneten Inneren liefert die Lieblingszeitung (die „Frankfurter Zig.“) verwechselt offenbar die „Nachrichten“ mit dem „Lageblatt“, Nr. 6. „Volkst.“ der Leipziger, die „Leipziger Nachr.“, welche ihr Behagen an Bebel's Verurtheilung mit der Behauptung mischen, derselbe sei nicht wiederwählbar, da nach § 4 des Wahlgesezes die Wählerberechtigung ruhe, so lange der Vollgenuss der staatsbürgerlichen Rechte in Folge politischer Vergehen und Verbrechen entzogen sei. Daß „Ihr sehr freundlich seid“, das glauben wir dieser Frau Martha Schwertlein recht gern, wir hoffen aber auch, daß sie den Todenschein dieser ihrer Hoffnungen in nicht allzu langer Zeit amtlich im Wochenblättlein zu lesen bekommen werde.“

Die „Nachrichten“ haben augenscheinlich den „Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte“ mit „Verlust der öffentlichen Aemter“, welche letztere Strafe keine vorwegnehmende Kraft hat, verwechselt. Im Uebrigen erklären wir (die „Frankfurter Zig.“) herzlich gern, daß wir ein „Behagen an Bebel's Verurtheilung“ den „Nachrichten“ gerade nicht nachsagen können; dieselben sind der Sozialdemokratie freilich nicht „grün“, aber jedenfalls etwas anständiger als ihre nationalliberalen Mit-schwestern in Leipzig.

**Leipzig.** „An den deutschen Reichstag soll,“ nach dem „Dresdner Volksboten“, „bis zum Wiederzusammentritt desselben eine gemeinschaftliche Petition der Redakteure sozial-demokratischer Blätter um Herstellung der Rechtsicherheit in Sachen abgehen. Die vielfachen Majestätsbeleidigungsprozesse, selbst wegen Schriftstücken, in denen, wie bei den „Zehn Geboten“, des Reichsoberhauptes mit keiner Silbe Erwähnung geschehen, endlich aber der Umstand, daß Prozesse Jahre lang nach Veröffentlichung des Schriftstückes anhängig gemacht wurden, sollen dabei hervorgehoben werden. Am drastischsten dürfte der Fall in Dresden sein, wo ein Redakteur wegen eines Gedichtes, das  $\frac{1}{4}$  Jahre lang öffentlich verkauft und bereits ausverkauft worden ist, in Untersuchungshaft genommen wurde und sich nach länger als 5 Wochen noch darin befindet.“

Die Redaktion des „Volkstaat“ wird sich dieser Petition nicht anschließen, da sie es für gänzlich verfehlt hält, beim Reichstag, der selber die „Rechtsicherheit“ erst neulich durch das Jesuitengehölz hat untergraben helfen, um Schutz für die Sozial-Demokratie zu bieten.

### Verichtigung.

Das Ende des vorliegenden Abhanges im Artikel „die Berliner Conferenz gegen uns“ (Nr. 56) muß lauten: und bei einigem Fleiß von den politischen Anfangsgründen genug lernen, um sich — da er nur einmal durchaus sich blamiren will — wenigstens mit Anstand zu blamiren.“

Der letzte Abhang desselben Artikels sollte in Klammern geschlossen sein.

### Internationale Gewerkschaft der Schuhmacher und verwandter Gewerke.

**Leipzig.** Wir fordern die Beamten der neugegründeten Mitgliedschaften auf, uns baldigst ihre Adressen einzuwenden. Wir meinen namentlich die aus dem Arbeiter-Gewerkschafts-Kongreß vertretenen Gewerkschaften, u. A.: Würzburg, Gelle in Hannover, Passau, Chemnitz und, wie wir im „Volkstaat“ gesehen haben, auch Osnabrück a. N. Zugleich fragen wir unsere Freunde in Nürnberg, ob das Besondere, um welches wir schon einmal geschrieben haben, noch nicht bald fertig ist.

Der Aufsichtsrath.

Im Auftrage: Aug. Schäfer, Gewandg. 5.  
Hertsch, Müller.

**Offenbach.** Zum Schuhmachers-Strike. Bereits fünf Wochen währt der hiesige Strike, aber heute noch sind wir nicht weiter, wie zu Anfang. In einigen Geschäften wird zwar gearbeitet. Die Mehrzahl der Fabrikanten hat aber erklärt, nicht nachgeben zu wollen. Das Komische an der Sache ist, daß die Herren uns gegenüber zu wiederholten Malen zugegeben haben, daß unsere Forderungen ganz gerechtfertigt, ja sogar beschämend im Verhältnis zu den Forderungen der anderen Geschäftsbranchen seien aber dieselben trotzdem nicht bewilligen. Wären wir ein Jahr früher gekommen, dann, so meinen diese Herren, hätten sie unsere Forderung ohne Umstände erfüllt. Im Uebrigen werden alle möglichen Mittel angewandt um uns zu Falle zu bringen. So ist im „Frankfurter Journal“ unser Strike nicht nur zu wiederholten Malen als beendet erklärt worden, sondern die Herren verschmähen es andererseits auch nicht, die Arbeiter in ihren Wohnungen zu besuchen um dieselben zur Arbeit zu bewegen. Während der Abwesenheit des Mannes wird sogar durch Geschäftsführer, Reicende und Hausknechte auf die Frauen eingewirkt; aber Alles vergebens. Man sollte meinen, daß die Fabrikanten das Bergelbische ihrer Bemühungen nachgerade einsehen und unsere Forderungen endlich bewilligen sollten. Aber nein. Lieber lassen sie die gemachten Bestellungen zurück oder sie geben solche ganz auf. Sie verlieren lieber in kurzer Zeit mehr als unsere Forderung das Jahr über ausmacht. Man kann sich demnach denken, daß unsere Lage nicht die rosigste ist, doch an Muth und gutem Willen fehlt es uns nicht. Vergangene Woche sind viele ledige Arbeiter zu Gunsten der Verheiratheten aus ihrer Arbeit gegangen und größtentheils abgereist. Immerhin bleiben noch Viele zu unterstützen; wir bitten daher unsere Geschäftsgenossen, uns nach Kräften beizustehen, damit wir nicht unterliegen. Bei dieser Gelegenheit können wir es nicht unterlassen, unsern Mainzer Kollegen den warmsten Dank für die Hilfe auszusprechen, die sie uns haben zu Theil werden lassen.

Mit sozial-demokratischem Gruß.

Das Strike-Comitee.

W. Kölsch, Vorsitzender.

### Gewerkschaft der Holzarbeiter. Aufruf.

**Leipzig.** Kollegen! In einer am Sonnabend, den 13. Juli, in der Westendhalle stattgefundenen Versammlung der Holzarbeiter stand der Strike der hiesigen Glasergehilfen auf der Tagesordnung. Von sämmtlichen Rednern wurde der Strike als ein berechtigter anerkannt, um so mehr, als die Meister die von den Gehilfen gestellten Forderungen einer Vornachbildung und Verkürzung der Arbeitszeit zu erfüllen versprochen hatten. Da die Meister aber später, als es sich um Erfüllung des Versprechens handelte, ihr gegebenes Wort nicht hielten, sahen sich die Glasergehilfen gezwungen, die Arbeit einzustellen. Die meisten der streikenden Glaser sind Mitglieder der Gewerkschaft und obendrein verheirathet. Daher richten wir an alle Arbeiter Deutschlands die Bitte, die streikenden Glaser nach Kräften zu unterstützen und den Zug zu halten hier fern zu halten, denn gerade der Sieg der Glaser würde für die Gewerkschaftsbewegung in Leipzig von großer Bedeutung sein. Nicht und die Bruderhand, wie wir es stets gethan, und helfst uns den Sieg erringen!

Diese u. s. w. sind zu richten an das Strikecomitee der Glaser. Restauration von Rossig, Gewandstraße Nr. 56.

Mit sozial-demokratischem Gruß

O. Steizer,

Bevollm. der Holzarbeiter-Gewerkschaft.

### Internationale Gewerkschaft der Manufaktur-, Fabrik- und Handarbeiter.

**Grimnitzschau.** Gewerkschaften und Freunde! Wir beabsichtigen, vor Ablauf des Monats August, wenn thunlich, unsere zweite ordentliche

**Generalversammlung nach Hof (Bairn)** einzuberufen und ersuchen die Genossen, etwaige anderweitige Vorschläge wegen Zeit und Ort umgehend einzubringen. Es erfolgt indes diese Bekanntgabe auf Grund des § 27 unserer Statuten, dergestalt, daß hiermit die erste Einladung zur Generalversammlung als ergangen ist. Vorläufig stellen wir uns Tagesordnung: 1. Rechenschaftsbericht der Verwaltung und des Aufsichtsrates. 2. Revision und Abänderung der Statuten. 3. Zu gewärtigende Anträge der Mitglieder (siehe § 27).

Binnen längstens 3 Wochen werden den Bevollmächtigten zur Bekanntgabe an die Genossen gedruckte Vorlagen, die Revision anlangend, zugehen und fordern wir unter nochmaligem Hinweis auf unsere Mitteilung in Nr. 46 und 48 des „Volkstaat“ auf, Alles zu thun, was zur Erleichterung der Generalversammlungsarbeiten dienen kann.

Am 8. u. 9. d. Mts. sind zu gleichem Zwecke an circa 70 Stationen Briefsendungen und Tabellen zur Generalrevision und Statistik abgegangen, die wir baldigt zurückwarten. Sollten Stationen nicht in deren Besitz gelangen, so wolle man dies umgehend hierher berichten, daß Nachsendung erfolgen kann.

Sämtliche Stationen und Vertrauensleute werden wir im „Volkstaat“ und in der befreundeten Presse aufrufen.

Die Genossen solcher Stationen, die nicht lokal organisiert sind, ernennen ihre Delegierten in vertraulicher Vereinbarung; freie Versammlungen von Berufsgenossen können gleichfalls Delegierte senden; dieselben nehmen nur beratend an den Verhandlungen Theil.

Die Mandate der Gewerkschafts-Delegierten müssen die Kopfszahl der steuernden Mandatgeber enthalten und mit den versandten Fragebogen beziehungsweise übereinstimmen. Jedes Mandat soll von den Vertrauensleuten (Ehrgärgen) und zwei Genossen gezeichnet sein und den Stempel tragen.

Mandate von freien Versammlungen unterzeichnet der Versammlungspräsident und Genossen.

Wir rechnen auf zahlreiche Theilnahme, da unsere Verhandlungen, nach zweifacher Pause, von höchster Wichtigkeit sind und verweisen hiermit ausdrücklich auf die §§ 25 bis 31 unserer Statuten, deren bis heute ca. 12 Tausend ausgegeben wurden.

Gewerks- und Berufsgenossen allerwärts, sammelt Euch einmütig und begeistert, um das nurmehrbedürftige Bündnis zu bekräftigen, rüttelt die Schlafenden auf und ermuntert die Zaghaften. Ihr, Vertrauensleute und Bevollmächtigten, macht Euren Rundgang zu Jedem Sämtigen selber und heißt ihn willkommen, wenn er sich wieder stellt!

Kameraden, wir rufen Euch zur Arbeit im Dienste der Freiheit und Menschwürde und seid guten Muthes, wenn wir rückwärts schauen, denn unsern mühevollen Weg zeichnen die Spuren heißen Kampfes sowie mehrfache Siege. Sicher wir uns dieselben durch treues, jähes Zusammenhalten. Auf die Wälle gegen unser Berufsleben! Mit Muth für Recht und Menschlichkeit.

Grüß und Handschlag!  
Für die Vorstandsverwaltung  
Rotteler. I. Vorf.

### Deutscher Weber- und Manufaktur-Arbeiterbund.

**Berlin.** Allen Genossen und Bestellen von stenographischen Berichten über die Verhandlungen des zweiten deutschen Weber- und Manufakturarbeitertages zur Nachricht, daß binnen 14 Tagen die Besendung der Berichte erfolgen wird. Gleichzeitig ersuchen wir alle Genossen, welche noch keine Bestellungen gemacht haben, dieses unverzüglich zu thun, da zu spät eingehende Aufträge möglicherweise keine Berücksichtigung finden werden. Die verspätete Besendung des Berichtes ist lediglich dem Umstande zuzuschreiben, daß wir erst die Höhe der Bestellungen abwarteten, um dann die Druckaufgabe bestimmen zu können, denn wir glaubten, auf Risiko nichts drucken lassen zu dürfen.

Gerne ersuchen wir wiederholt die verschiedenen Fachcorporationen um Einfindung statistischer Materials über Lohn-, Arbeits-, Wohnungs-, Gesundheits- und Konsumtionsverhältnisse an den verschiedenen Plätzen, indem solches in den Circularen zur Verwendung gelangen soll. Hierbei müssen wir aber bemerken, daß nur solche Einfindungen Berücksichtigung finden können, deren Inhaltbestand durch den Vorliegenden oder die Vorstände der betreffenden Corporationen oder Versammlungen garantiert wird.

Mit Brudergruß:

Der Vorstand des deutschen Weber- und Manufaktur-Arbeiter-Bundes  
D. Franz, Vorf.

### Zur Organisation der Mühlenarbeiter!

Collegen! Mühlenarbeiter! Eure bedrängte Lage noch einmal zu schildern ist nicht nötig, ein Jeder von Euch fühlt das graue Joch. Wir müssen die Fesseln abschütteln; um dies auszuführen, bedarf es aber der Kraft des großen Ganzen, denn die Euch unklammernden Ketten sind stark und schwer. Auf! auf, zur Organisation! Nichts darf Euch aufhalten! Weg mit kleinlichen Bedenken! Das Reuhen der Kranken Brust Eurer Arbeiterbrüder muß in Euch die Kraft erwecken, muß Euch anspornen unaufhaltsam das zu eringen, was Euch erst zu Menschen macht. Doch worin besteht diese Organisation? wird Mancher von Euch fragen. Sie besteht in den Gewerkschaften. Die übrigen Arbeiter machen schon eifrig Gebrauch von diesem Mittel der Befreiung. Regt auch Ihr Euch! Freilich, um einigermaßen einen Zweck zu erreichen, sind Opfer nötig. Wie schon bekannt, bin ich arm, materiell schon theilweise zu Grunde gerichtet, es ist mir unmöglich in dieser Beziehung etwas zu thun. Um so mehr tritt an Euch die Pflicht heran, zu leisten was Ihr vermöget. Auf dem Erfurter Kongreß haben die Gewerkschaften sich zu gemeinsamen Wirken, zu gegenseitiger Unterstützung geeinigt, und ein großes Bruderband um die Arbeiter von ganz Deutschland geschlossen. Trete auch Ihr in den Bund! Gründet eine besondere Genossenschaft, oder tretet einer schon bestehenden bei! Euer Interesse erheischt es.

Alle arbeitserfreundlichen Blätter werden dringend ersucht, obigen Artikel schnellstmöglich aufzunehmen, sowie auf etwaige Anfragen den nöthigen Beistand zu ertheilen. Gleichzeitig fordere ich alle Menschenfreunde und Parteigenossen auf, so weit es ihnen möglich, den Mühlenarbeitern die betreffenden Blätter zu übermitteln.

**Chemnitz.** In der vorgestern abgehaltenen Versammlung hiesiger Schneidergesellen wurde nach eingehender Debatte, in welcher das Verhältnis der Gesellen zu den Meistern, sowie das von Dresden ausgehende Circular der Leheren, welches einen Kongreß der Meister bezweckt, besprochen und folgende Resolution angenommen: „Die heutige Schneidergesellenversammlung in Chemnitz erklärt, daß sie es an und für sich, insbesondere aber gegenüber der entstehenden Meisterkoalition für geboten erachtet, daß alle Schneidergesellen Deutschlands sich fest verbinden, um der wachsenden Uebermacht des Kapitals mit Erfolg entgegenzutreten zu können. Die Versammlung stimmt deshaß dem Ruf des Ausschusses vom Allgemeinen Deutschen Schneiderverein zu, und beschließt einen Delegierten zum Leipziger Kongreß zu schicken.“ Parteigenosse W. K. vom, der schon von hiesiger Schneidergewerkschaft zum Delegierten bestimmt ist, wurde auch von dieser Versammlung mit großer Majorität mit der Vertretung in Leipzig betraut.

**Offen.** Am 9. hielt der „Verein für berufliche Interessen“ eine Konferenz ab zur Besprechung des Streikes. Da derselben außer den fortschrittlichen Abgeordneten Hamacher und Harfort auch ein Bürgermeister, ein Landrat, ein Regierungspräsident und ein Prinz (der Chef des Oberbergamts) beiwohnten, so versteht es sich von selbst, daß eine Resolution einstimmig angenommen wurde, welche den Streik ohne Gnade verdammt. Die Herren sagen unter Anderem:

„III. Die von einem nicht legitimierten (Was verstehen eigentlich die Herren unter „Legitimiert“?) und bis zur Arbeitsleistung ungenannten (Die Vergleiche sollten wohl schon vor dem Ausbruch des Streikes ihre Wortführer allen möglichen Chikanen aussetzen?) Comitee den Vorständen der einzelnen Gruben überreichten gleichmäßigen Forderungen der Vergleute sind nach der tiefsten und unbefangenen Ueberzeugung des Vereins nicht das Ergebnis eines vorhandenen Unrechts oder solcher Beschwerden, die nicht auf dem Wege der Verständigung mit den einzelnen Grubenerwartungen zu beseitigen waren. Die Dauer der Arbeitszeit (ach Stunden vor Ort) ist nach den Er-

sparungen aller Bergbau treibenden Länder keine übermäßige und vorzeitig aufreißende Inanspruchnahme menschlicher Arbeitskraft, und was die Höhe der Vergleute des hiesigen Bezirks betrifft, so übersteigen dieselben nicht bloß die der Arbeiter in anderen Industriezweigen und Gegenden Deutschlands, sie haben auch nachgewiesener (?) Maßen bereits seit längerer Zeit, in Folge des innigen Zusammenhangs zwischen dem Gedeihen der Industrie und der ängeren Lage der bei ihr beschäftigten Kräfte eine sorgfältig und regelmäßig reichende Nahrung verfolgt. IV. Die gegenwärtige Arbeitseinstellung ist der bedeutendsten Ausdrucks unklarer (?) Anschauungen über die wirtschaftlichen Verhältnisse, welche auf den Lohn des Arbeiters einwirken, und jahrelanger Gemüths- und Geist verheerender Einflüsse, welche auf eine gründliche Unzufriedenheit mit der gesammten Entwicklung unserer vaterländischen Zustände in den Arbeiterkreisen hinführen, und die Erregung des Klassenbasses als ein geeignetes Mittel zur Erreichung dieses Zieles in Anwendung bringen. V. Von dieser Beurteilung ausgehend, hält der Verein das durchaus abwehrende Verhalten der Arbeitgeber auf den streikenden Seiten der frankhaften Arbeiterbewegung gegenüber für das alleinige Richtige und nicht bloß den Interessen der Grubenbesitzer, sondern auch denen der Arbeiter entsprechend. (!) Er zollt den Werkbesitzern für die Ruhe und Entschlossenheit, mit der sie die Opfer der Arbeitseinstellung gebracht haben und noch bringen werden, ohne die geringste Nachgiebigkeit gegen die unbedingten Forderungen der Arbeiter zu zeigen, den höchsten Dank, und ist überzeugt, daß nach Beendigung der Arbeitseinstellung alle Grubenbesitzer ihr Verantwortlichkeitsbewußtsein der Bergwerksindustrie und dem Vaterlande gegenüber vor wie nach (!) auch in der Uebung von Gerechtigkeit und Wohlwollen gegen die Arbeiter und durch das redliche Bemühen, deren wirtschaftlichen und geistigen Wohl befinden nach Kräften zu fördern, betätigen werden.“

Die Herren Widerstands-Resolutionäre können sich versichert halten, daß ihre Konferenz nicht „geringe, verheerende Einflüsse“ ausüben wird; ihr „Wohlwollen ohne die geringste Nachgiebigkeit“ aber entspricht logisch in würdiger Weise der „allergeringsten Opposition“, welche die Bourgeoisie dem Thron gegenüber einst erlangt. Seroll nach oben und despotisch nach unten — so ist die Natur der liberalen Bourgeoisie.

**Offen.** Die Proklamation des Königl. Krupp ist würdig ergänzt worden durch eine Broschüre des Herrn J. Muloway, die in Sachen des hiesigen Bergarbeiterstreikes veröffentlicht worden ist. Herr Muloway wendet sich namentlich an die „gebildeten“ und „verstandigen“ Vergleute, denen er zu beweisen versucht, daß es eines „freien“ Arbeiters unwürdig sei, auf dem Wege der Gewalt seine Lage zu verbessern. Aus dem Umanen aber, daß Herr Muloway nach eigener Angabe an 5 großen Kohlenzechen und einem bedeutenden Hüttenwerke betheilig ist und aus dem Inhalte der Mulowayschen Broschüre selber lürchten die „gebildeten“ Bergarbeiter den Herrn Muloway gewiß sehr unliebsamen Schluss ziehen, daß er nur die Interessen der Kapitalisten und diese auch noch sehr schlecht vertritt. Selbstverständlich steht die gesammte hiesige liberale Presse auf dem Standpunkt des Herrn Muloway, und die „Mittler Zeitung“ entblödet sich sogar nicht, das Nachwort dieses Herrn eine „ruhige, unparteiische und sachverständige Erörterung“ zu nennen.

Folgendes Citat dürfte am Schlagendsten die „Unparteilichkeit“ des Herrn Muloway kennzeichnen: „Von welchen Seiten der Sorge, welchen Anstrengungen, welchem Risiko, welchen Opfern an Geld und Gesundheit Seitens der Arbeitgeber bin ich im Verlaufe meines Lebens Zeuge gewesen, wo es galt, pünktlich zu den monatlichen oder 14tägigen Lohnungen das baare Geld zu beschaffen, welches für Löhne gezahlt werden mußte, gleichviel ob die geschaffene Arbeit lohnte oder nicht.“

Wir glauben dem Herrn Muloway auf's Wort, daß ihm das Lohnzahlen immer große Sorgen macht. (Dividende einsacken ist freilich ein sorgloseres Geschäft.) Aber wir Vergleute sind doch nicht dumme Genü, um die „Opfer an Geld und Gesundheit“ der Grubenbesitzer ernstlich zu nehmen. Diese Bären mag Herr Muloway seinen „gebildeten“ Vergleuten aufbinden. Jedoch Sberz bei Seite; die Sache, um die es sich handelt, ist zu ernst.

Wie! Und Vergleuten gegenüber, denen der Tod täglich und stündlich bei der Anübung unserer Arbeit entgegenruft, wagt der arbeitserfreundliche Herr Muloway von den „Opfern an Geld und Gesundheit“ zu reden, die die Grubenbesitzer bringen, wenn es sich um Auszahlung unseres schwer und sauer verdienten Lohnes handelt? Kennt dieser würdige Herr etwa die zahlreichen „Opfer“ nicht, die der Bergbau alljährlich an Menschenleben fordert? Weig er nicht von den Verarmungen? Sieht es für ihn keine Witwen und Waisen? — Hier unten bei uns, Sie Heuchler, können Sie lernen, was „Sorge“ ist. Hier unten bei uns werden die „Opfer“ gebracht — zwar nicht an Geld, denn das mühten wir erst haben, um es opfern zu können — an Leben und Gesundheit, die Ihr Gott, der Mannon, von uns fordert.

Die Zeiten sind vorüber, wo ein Schmalz-Delitsch es wagen konnte, dem arbeitenden Volke gegenüber von dem „Galbedrängungslohn“ der Kapitalisten zu sprechen. Jetzt wissen wir, daß wir es sind, die Ihnen und Ihren so „schwer geplagten“ Herren Arbeitgebern die Taschen füllen. Ihre Ausführungen haben und daher nicht nur ein mitleidiges Lächeln entlockt, sie haben uns auch gezeigt, wie es um ihre Arbeiterfreundlichkeit bestellt ist.

Den „Arbeiterfreund“ Muloway kennen wir jetzt hinlänglich, wenden wir uns nun zu dem Nationalblonden Muloway, denn es erscheint uns nöthig, auch diesen in das rechte Licht zu stellen.

Herr Muloway sagt: „Ich halte fest an dem Grundsatz: Luc. X, 7: „ein Arbeiter ist seines Lohnes werth“ und darunter verstehe ich den vollen Lohn seiner vollbrachten Arbeit nach dem Marktpreise, welcher nicht von der Laune oder Willkür des Arbeitgebers, sondern nach dem Prinzip zu bemessen ist, daß der Arbeiter bei redlicher Pflichterfüllung nicht allein in den Stand gesetzt werden soll, den Verhältnissen des Landes, worin er lebt, und seiner Lebensstellung entsprechend, gut und gesundheitsgemäß zu leben, sondern auch durch Klugheit und Energie Ersparnisse zu machen, um seine Lage zu verbessern und ihn zu unterhalten, wenn er nicht mehr arbeiten kann.“

Herr Muloway macht sodann die funkelneulene Entdeckung, daß der Marktpreis sich regelt nach dem Geiz von Angebot und Nachfrage. — Die Höhe des Arbeitslohnes hängt also ab von dem Marktpreise. Die Laune und Willkür des Arbeitgebers hat somit mit der Preisbildung des Lohnes nichts zu thun. Trotzdem soll der Arbeiter in den Stand gesetzt werden, bei redlicher Pflichterfüllung ein möglichst gutes Leben zu führen und noch für spätere Zeiten Ersparnisse machen zu können. Wer den Arbeiter in diesen Stand setzen soll, darüber schweigt Herr Muloway. Der Arbeitgeber kann es nicht sein, denn der bringt ja schon „Opfer an Geld und Gesundheit“, wenn es sich um die Auszahlung des nach dem Marktpreise festgestellten Lohnes handelt; der Staat kann auch nicht gemeint sein, denn die Finanzierung eines Dritten vertritt sich Herr Muloway auf das Entschiedenste. Es bleiben also nur noch die Arbeiter selber übrig. Aber die meint Herr Muloway erst recht nicht, denn seine Schrift richtet sich ja eben gegen deren Vorschlag, durch die Arbeitseinstellung einen höheren Lohn und mit diesem eine bessere Lebensstellung zu erzielen. Das „in den Stand setzen“ muß demnach auf sich beruhen bleiben, und die Ausführungen des Herrn Muloway lösen sich auf in puren Blödsinn.

Dagegen ist es richtig, daß der Arbeitslohn bestimmt wird durch den Marktpreis und dieser wieder durch Angebot und Nachfrage. Nur scheint Herr Muloway die Thatsache ganz unbekannt zu sein, oder er verleugnet sie gewissenhaft, daß dem Arbeiter für seine vollbrachte Arbeit unter der Herrschaft des Gesetzes von Angebot und Nachfrage nur unter besonders günstigen Verhältnissen so viel Lohn gezahlt wird, als er braucht, um die verbrauchte Arbeitskraft zu ersetzen, und daß obenbrein diese Vergütung in der Regel kaum hinreicht, um den Arbeiter vor dem Hunger zu schützen.

Es würde mich zu weit führen, wollte ich noch die übrigen Absonderlichkeiten der Mulowayschen Ausführungen berühren. Jedensfalls ist der Essener Streik nicht die Folge einer Agitation. Er liefert vielmehr den Beweis, daß auch hier die Löhne jenen Minimalzahl erreicht haben, der es den Arbeitern unmöglich macht, ohne die härtesten Entbehrungen zu existiren.

**Fürth.** 7. Juli. Also Nürnberg und Fürth sollen — wie ich in Nr. 54 des „Volkstaat“ lese — nach dem Hirsch'schen Agitationsplan die Ehre von Centralpunkten haben. Als Hauptagitatoren werden ohne Zweifel Herr Rüssel aus Nürnberg und Herr Ebert aus Fürth fungiren. Wie sich die genannten Orte zu Mittelpunkten der Hirsch'schen

Agitation und die beiden Herren zu Agitatoren eignen, ist aus folgenden Artikeln des „Fürther demokratischen Wochenblattes“ zu ersehen:

„Fürth. Der Metallschlägerstreik ist seit 25. Mai beendigt mit einem theilweisen Erfolge für die Gesellen, indem die Hälfte ihrer Forderungen bewilligt wurde. Der Streik selbst bot lehrreiche Erscheinungen dar: er zeigte, wie Arbeiter verschiedener, einander bekämpfender Fraktionen Hand in Hand gehen können, wenn es sich um gemeinsame materielle Interessen handelt und der redliche Wille vorhanden ist, dieselben zu fördern. Die Arbeitseinstellung war von den Anhängern des Hirsch'schen Gewerksvereins begonnen, die Sozialdemokraten schlossen sich an und einer der Leheren, Herr Maier, stand an der Spitze des Streikcomitès. Es herrschte das beste Einverständnis; nur in letzter Stunde wollten einige Apostel der Hirsch-Dunders'schen Harmonielehre Zwietracht säen und gingen in ihrem Streben so weit, sich auf die Seite der Meister zu stellen und ihre eigenen Vereinstgenossen zu schädigen. Diese Herren sind: Rüssel, Vorstand des Ortsvereins der Maschinen in Nürnberg, Staage, Vorstand des Ortsvereins der Metallschläger in Nürnberg und Ebert, Vorstand des (Schulze-Delitsch'schen) Arbeiter- und Drechslervereins in Fürth. Die Metallschlägergesellen zu Fürth hatten auf den 22. Mai eine Versammlung von Kaufleuten, Meistern und Gesellen beabsichtigt, um die Einberufung einberufen, zu welcher Herr Staage eingeladen war, mit ihm kam als ungeladener Gast Herr Rüssel und später Ebert; alle drei schimpften wider, daß von den eingeladenen Meistern und Fabrikanten jetzt keine erschienen waren. Nachmittags begaben sich die genannten Herren zu Herrn Seeling, dem Vorsitzenden der Metallschlägermeister, ohne dazu Auftrag zu haben. Nach einer einstündigen Konferenz kamen besagte Herren zu dem Streikcomitè mit der Anforderung, der Einladung zu der auf Abends anberaumten Meisterversammlung Folge zu leisten. Sie selbst hatten Seeling gegenüber den Wunsch geäußert, das Streikcomitè zuzulassen. Auf die Erwiderung, daß ja die Meister auch nicht in die Gesellenversammlung gekommen seien, erklärte Herr Rüssel: er sei von Berlin (von Dr. Max Hirsch) dahin instruiert, daß, wenn das Comitè nicht Folge leiste, er dafür Sorge trage, die Unterhütungen einzustellen. Das wirkte leider auf die Majorität des Comitès, das dann die Meisterversammlung zu besuchen beschloß. Hier wurde es, statt Vereinbarungen vorgelagt zu erhalten, mit den größten und gemeinsten Schmähungen überhäuft und die Herren Rüssel und Staage, zwei Arbeiter, stellten sich auf Seiten der Meister, wofür diese den Befall nicht schuldig blieben und besonders reichlich spendeten als Rüssel ausrief: „Ich werde dafür sorgen, daß keine Unterhütung mehr fliegt!“ Die Folge dieses Auftretens war, daß die gerechten Forderungen der Arbeiter nur zu einem Theile zur Annahme gelangten.“

Sociel über die Thätigkeit der Hirsch-Dunders'schen Koryphäen in Fürth. Ein anderer Artikel, aus Nürnberg, lautet:

„Nürnberg. Die Versammlung der sozialdemokratischen Partei vom letzten Montag war sehr stark besucht. Grillenberger hielt eine politische Rundschau. Seichab referirte über den Gewerkschaftskongreß, worauf der Antrag angenommen wurde, in einer allgemeinen Gewerkschaftsversammlung über denselben Gegenstand ausführlich zu berichten. Redakteur Remminger hielt hierauf einen Vortrag über den Sozialismus des Berliner Doctors Max Hirsch, indem er an der Hand einer Rede desselben, sowie seines Vorgesangens „der Gewerkschaft“ und eines von Berlin aus ergangenen Kuriers seine Lehren analysirte. Redner kam zu dem Schluss, daß Hirsch und Genossen nichts Besseres seien als Verächter an der Arbeiterschaft. Gegen den Vortrag hatte sich Herr Schaupner, Mitglied des Hirsch-Dunders'schen Ortsvereins, zum Worte gemeldet. Er gab die Berechtigung der sozialdemokratischen Theorie an und erklärte, daß er von jeher bei seinem Auftreten nur das Wohl der Arbeiter und den allgemeinen Menschenstandpunkt im Auge gehabt habe, um die Arbeiter religiös, politisch und sozial frei zu machen; er sei unablässig bestrebt, die Parallelen zu finden, auf der er mit der Sozialdemokratie die gleiche Bahn und den gleichen Schritt halten konnte; im Ganzen sei auch er Sozialdemokrat. Interessant war, daß Herr Schaupner, der doch als Gegner eingeschrieben war, den Dr. Hirsch, sowie die Führer der Gewerksvereine in Nürnberg auf ziemlich unterschiedene Weise desavouirte. Im Laufe der sehr erregten Debatte, an der sich je zwei Redner von der gegnerischen Seite (Schaupner und Marx) wie von den Einberufern der Versammlung (Grillenberger und Remminger) betheiligten, wurde u. A. auch konstatiert, daß der Artikel in der letzten Nummer des „Demokr. Wochenbl.“ (siehe oben: das Auftreten des Herrn Rüssel, Vorstandes des hiesigen gewerkschaftlichen Ortsvereins, und seiner Kollegen Staage und Ebert beim Metallschlägerstreik in Fürth betreffend) auf Wahrheit beruhe. Herr Marx versuchte zwar seine Kollegen Rüssel und Staage von dem Bormuse, daß sie die Sache der Arbeiter verrathen, rein zu waschen, allein Herr Schaupner war so ehrlich, zu gestehen, daß er gegen jenen Artikel Nichts einwenden könne; es sei wirklich so, wie es dort geschildert worden; er (Schaupner) habe entgegen dem Gedahnen des Herrn Rüssel, der für die Arbeitgeber gegen die Arbeiter aufgetreten, das Gegenheil gethan und sei dafür in zwei nationalliberalen Blättern angegriffen worden, wofür er nur ein mitleidiges Lächeln gehabt habe.“ Ganz abgesehen davon, daß die Verhältnisse tagtäglich die Hirsch'sche Lehre desavouiren, dürfte die Haltung dieser Herren Agitatoren den Arbeitern vollends die Augen öffnen.

**Lambrecht.** Die hiesigen Tuchfabrikanten ließen, um ihre streikenden Arbeiter zu Paaren zu treiben, Elässliche Tuchmacher herkommen. Das erzeugte natürlich große Erbitterung unter den hungernden Arbeitern und führte zu Reibereien zwischen diesen und den Elässern, die nach so unangenehm waren, daß sie gar nicht einladen, wie unrecht sie handelten, indem sie ihre kämpfenden Brüder dem Feinde überlieferen. Namentlich die Frauen der Streikenden waren es, welche für das Recht der Arbeit in die Schranken traten und dies ist ein Beweis, wie durchaus gerechtfertigt der Lambrecht'sche Streik ist. — Natürlich wurde gleich Militair requirirt und damit die Reiskosten nicht unnöthig vorausgabte, 2 Männer und 4 Frauen verhaftet. Das Recht ist so sehr auf Seiten der Streikenden, daß der anständige Theil der Bourgeois-Presse sich veranlaßt sieht, für dieselben Partei zu nehmen. So schreibt die „Süddeutsche Post“:

„Ein Theil der Weber verdient bei einer Arbeitszeit von fünfzehn Stunden pro Tag 52 fr. Ist es bei den heutigen Verhältnissen mit einem solchen Lohne möglich, eine Familie zu ernähren? Ist es da ein Wunder, wenn die Arbeiter in corpore einen Lohn erbitten, der sie und ihre Familie vor dem Hunger und Folgen schützt? — Außerdem sollen die Arbeiter häufig hart behandelt worden sein. Konnte doch das sich immer mehr steigende Elend selbst der protestantische Pfarrer Lambrecht nicht mehr ansehen; selbst dieser sah sich veranlaßt, das harte, höhnische Wesen der Fabrikherren zu geißeln und um eine Besserung der Arbeiterverhältnisse zu bitten. Die von Lambrecht abziehenden Arbeiter sollen von den Fabrikherren noch bis Kaiserlautern verfolgt und ihnen dort die Möglichkeit, Arbeit zu erhalten, entzogen worden sein.“

**Marienberg.** 7. Juli. Auch hier fängt es endlich an, unter den Arbeitern zu ragen. — Nach vieler Mühe gelang es einem chemischen Parteigenossen in dem unweit von hier gelegenen Orte Laute einen Saal zur Abhaltung von zwei Versammlungen anständig zu machen. Ihre Abhaltung der ersten Versammlung waren im Anfang Juni die Herren Dieze und Uhlle aus Chemnitz erschienen und referirten über die allgemeine Arbeiterbewegung. Beide Redner sprachen verständlich und überzeugend; sie ermahnten die hiesigen Arbeiter, sich der allgemeinen Bewegung durch Gründung eines Vereins anzuschließen. Außer von den Arbeitern war die Versammlung auch von jammertüchtigen hier wohnhaften Fabrikanten besucht, auch der Bürgermeister, der Bürgermeister und der Stadtmagister hatten sich eingefunden, um erwerbsmäßig zur Rettung der Gesellschaft hilfreich die Hand zu bieten.

Zu der zweiten Versammlung war nochmals Herr Dieze und Herr Wolf aus Chemnitz erschienen. Wolf sprach über die Lage der Arbeiter. Sodann ergieß Dieze das Wort und nahm zur Grundlage seines Vortrages das Laute'sche „Arbeiterelend“, aus dem er einige Hauptzüge herausgriff. Er sprach namentlich über die schenen Lohnverhältnisse und wies schlagend nach, daß dieselben weder zu der geleisteten Arbeit noch zu den gegenwärtigen Lebensmittelpreisen in entsprechendem Verhältnis ständen. Als Herr Dieze auf die Stellung der Arbeitgeber zu den Arbeitern zu reden kam und mit Schwärze betonte, daß namentlich der mangelnde gute Wille der Arbeitgeber an den Verwiltsteten Schuld sei und als er dieselben des Eigennutzes und der Hartnäckigkeit ziele, da verließen die anwesenden Fabrikanten ins-

gesamter voller Nummern den Saal. Zum Schluss, als Herr Dieze auf die zahlreichen inhaftierten Parteigenossen zu sprechen kam, sprang der anwesende Bürgermeister auf, schlug mit geballter Faust auf den Tisch und schrie den Redner zu: Halt, das leide ich nicht! Dieze verwies dem Herrn Bürgermeister dieses ungeschickliche Verfahren und hielt ihm entgegen, daß er kein Recht habe, ihn im Neben zu unterbrechen, so lange er sich seinerseits in den Schranken des Gesetzes halte, und etwas Gesegnetes glaube er nicht gesprochen zu haben. Stürmischer Beifall wurde diesen Ausführungen gezollt. — Gegen 10 Uhr Mann erklärten sich darauf bereit, dem zu gründenden Vereine beizutreten. In unserer Gegend wäre mithin ein guter Anfang gemacht, möge die Prinzipien der Sozial-Demokratie immer weiter und weiter ins Obere eindringen. Das ist unser lebhaftester Wunsch.

**Zwidau, 7. Juli.** Die Blätter melden: „Die Kreisdirektion zu Zwidau hat unterm 28. Juni eine Verordnung erlassen, in welcher aus Anlaß des am 16. und 17. v. M. bei Crimmitschau stattgehabten sozial-demokratischen Volksfestes, bei welchem in demonstrativer Weise (!) rote Fahnen entfalteten, rote Schärpen u. d. Gravairen, lebhafte Schreie von den am Feste theilnehmenden Frauen getragen und rote Eintrittskarten (!!) ausgegeben worden sind, die Polizeibehörden des Regierungsbezirks an die nach einer in Geltung stehenden Verordnung vom 14. Juli 1849, das Tragen republikanischer Abzeichen betreffend, mit der Veranlassung ermahnt werden, eintretenden Falls gegen Zuwiderhandlungen wider dieselbe mit Nachdruck einzuschreiten.“

Wir wollen uns auf das Treiben des schon abgenutzten Witzes, daß gewisse lebende Wesen das „Koch“ nicht sehen können, nicht einlassen. Die Sache ist — obgleich sie eine Lappalie betrifft — viel ernster; sie zeigt, daß — gleichviel ob mit oder ohne Absicht — von Seiten gewisser Beamten in Sachsen alles gethan wird, um die Regierung so lächerlich zu machen und so zu kompromittieren, daß schließlich selbst die gesammelte Bevölkerung eine derartige Annerkennung an Preußen als ein Glück angesehen wird. Seit Jahren schon wurde in Preußen kein Sozialdemokrat ausgewiesen — in Sachsen geschieht dies jetzt häufiger als bisher in ganz Deutschland zusammen; in Sachsen werden auch den Sozialdemokraten mehr Prozesse gemacht, als in jeder Partei im ganzen übrigen Deutschland. Ist's doch so, als ob gewisse sächsische Beamte von Preußen den Auftrag hätten, Sachsen auf diese Weise annerkennungsfähig zu machen!

**Braunschweig.** Der „Volksfreund“ schreibt: „Der „Neue“ in Berlin ärgert sich, daß wir seine zur Zeit in Süddeutschland agitierenden Spitzen Frohne und Hartmann dem Publikum als solche vorgeführt haben. Mit bekannter Manier sucht er sich dann durch Verleumdung zu rächen und wirft uns vor, wir „billigten“ die ungeschicklichen Handlungen der badischen Polizei. Der „Neue“ weiß ganz gut, daß die Einfahrtstragen der Polizei von seinen Agitatoren nur provocirt werden, um dem Volke die Meinung beizubringen, als seien die Sozialdemokraten allen Anstandes baar wie Frohne und Hartmann. Herr Brack kommt auch nicht ungeschoren weg, indem ihm der „Neue“ vorwirft, er lasse alle Siedbrühe der Braunschweiger Polizei im „Volksfreund“ abdrucken. Es wird im „Volksfreund“ nur von solchen Siedbrühen Notiz genommen, die auf notorische Schurken, Lumpen und Verbrecher fahnden, und es scheint jaht, als fürchteten sich die Hrn. vom „Neuen“ vor solchen Siedbrühen.“

**Gotha.** Wie überall, so nimmt auch hier die Gewerlichkeitsbewegung einen guten Verlauf. Nachdem die Tischler erklärt, der Union beizutreten zu wollen, bin ich heute in der Lage, dasselbe von den Schuhmachern berichten zu können. Es ist zu diesem Zweck ein Fachverein gegründet worden; der Geist der Mitglieder ist gut und berechtigt zu der Hoffnung, daß die Schuhmacher Gotha's bald sämtlich in geschlossener Phalanx in den Reihen der Gewerkschafter stehen werden. Kollegen von Ray und Fern! Wollt Ihr immer noch nicht einsehen, daß nur durch vereintes Wirken die traurigen Uebelstände in unserer Geschäftsbranche zu beseitigen sind?

W. Bod, Bevollmächtigter. Bokrodt, Cassirer. Seebach, Schriftführer.

**Stahlfurt.** Zur Coalition der Arbeitgeber. Der „Bund der vereinigten Bauwerke des Kreises Saale und Umgegend“ veröffentlicht in „Stahlfurter Wochenblatt“ folgende Bekanntmachung: „Die unterzeichneten Bauwerksmeister haben sich gegenseitig verpflichtet, keinen Handwerksgehilfen in Arbeit zu stellen, es sei denn, daß derselbe mit ordnungsmäßigem Entlassungsschein versehen sei.“

Schönb.-d., den 6. Juli 1872.

Unterschieden sind 31 Maurer- und Zimmermeister. Sei dies eine Mahnung für die Arbeiter zur Gegenorganisation.

**Leipzig.** Das „Leipziger Tageblatt“ brachte am 12. die (wer weiß woraus abgedruckte) Inhaltsangabe eines zweiten Artikels der „Concordia“ gegen Karl Marx. Daran ist erschienen am folgenden Tage im erstgenannten Blatt folgendes Inserat:\*)

„Da Marx augenblicklich einige Stunden von London weilt, so kann die Widerlegung des gegen ihn gerichteten, auf Unkenntnis der politischen Literatur Englands beruhenden, „Concordia“-Artikels (von dem im heutigen „Tageblatt“ die Rede ist) erst in spätestens 8 Tagen im „Volksstaat“ erscheinen. Wenn die „Concordia“ übrigens es Marx zum Vorwurf macht, daß er ihren Artikel vom 7. März erst am 23. Mai beantwortet hat, so sind wir in der Lage, den Grund dieser Verzögerung ganz genau angeben zu können: Die „Concordia“ hat nämlich nicht einmal so viel Anstand gehabt, Karl Marx ein Exemplar ihrer Nummer, worin sich der erste Angriff gegen ihn befand, zuzuschicken. Erst Mitte April erfahren wir durch Zufall — denn wir lasen im März ebenso wenig wie Karl Marx die „Concordia“ — von jenem Artikel. Wir erbateten uns nun vom Redakteur der „Concordia“ die betreffende Nummer und schickten sie, nachdem wir sie erhalten, an Marx, der auch umgehend die Erwiderung — f. Nr. 44 des „Volksstaat“ — an uns einschickte.“

**Leipzig, 12. Juli.** Die Redaktion des „Volksstaat.“ Leipzig. (Zur Kinderarbeit in den Fabriken.) Die Zeitungen melden von hier: „Der hiesigen Kreisdirektion war ein Bericht zugegangen, nach welchem die in der Mehrzahl der Cigarrenfabriken einer größeren Stadt des Bezirkes übliche und mehrere Stunden des Tages dauernde Beschäftigung von Kindern unter 12 Jahren mit Abstreifen aus nicht unter das Verbot der Reichsgewerbeordnung fallend angesehen wurde. Die Kreisdirektion hat diese Ansicht nicht getheilt, sondern die Arbeit als eine regelmäßige im Sinne des Gesetzes angesehen, eine Auffassung, welche auch durch das Ministerium des Innern in einer neulich erlassenen Verordnung gutgeheißen worden ist. Es darf nun wohl auf ein Verbot dieser Kinderarbeit gehofft werden.“

Wenn es dem Verfasser vorstehender Notiz wirklich darum zu thun war, dieses „Verbot“ zu erweilen, so müßte er etwas weniger direkt sein und den Namen der Stadt wie des Fabrikanten, von denen hier die Rede ist, nennen. Anders läßt sich Seitens des Publikums nicht kontrolliren, ob der geringe Mißstand fortandert oder beseitigt ist.

**Leipzig.** Der „Gesellschaftsleiter“, Geschnornenobmann Steitzger — dessen Einfluß hauptsächlich die Veranlassung der „Hochverräther“ zuzuschreiben ist — befindet sich nun auch in der Lage, an die „soziale Frage“ denken zu müssen. Sechs Knechte (eines Ritterguts (Schweta bei Mügeln) — wie das „Tageblatt“ berichtet — haben Strafe gemacht, obgleich niemals eine „Heke“ in jener traurigen Gegend gewesen ist. Auf dem Kammergute Mügeln ist gleichfalls ein Strauß ausgebrochen; da hat denn der Besitzer den Leuten, wenn sie fortarbeiten und artig sein wollen, als Gratifikation statt Lohnverbesserung — 2 Thaler zu Weihnachten versprochen; das ist noch nicht einmal so viel, wie die Berliner sprichwörtliche „Boommollent“ Weise zu Weihnachten.“

**Berlin.** Die Arbeiter der Schiffsfabrik von Matkwald & Werner in Brandenburg stellten Sonnabend, den 6. d. M. die Arbeit ein. Im Begriff, vor Jung zu warnen, geht uns die Mittheilung zu, daß Sonntag, den 7. schon eine Einigung zu Gunsten der Arbeiter stattgefunden und Montag die Arbeit wieder aufgenommen wurde.

Der Vorstand des Weber- und Manufakturarbeiter-Bundes H. Franz, Vors.

**Wien.** 400 Bindergesellen haben die Arbeit eingestellt weil sie mit ihrer Forderung einer 10stündigen Arbeitszeit und entsprechender

\*) Natürlich gegen baar; denn eine Verichtigung, wozu es nicht gerichtlich gezwungen werden kann, nimmt das „Tageblatt“ von uns an.

R. d. E.

Lohnerhöhung zurückgewiesen worden sind. — **Laibach.** Nach 18tägiger Strife sind die Tischler mit ihren Forderungen zum Theil durchgedrungen. Sie haben 10<sup>1/2</sup>stündige Arbeitszeit, einen Tagelohn von 1 fl. 30 = 1 fl. 80 kr. und 25% Lohnerrhöhung für Akkordarbeit erzielt. — **In Freiwaldau** ist nach dem „Bollswille“ der Strife der dortigen Weber als beendet zu betrachten.

**Bozoum.** Am 10. Juli haben sämtliche Arbeiter der Feilenfabrik von Krummhorst und Stegmann die Arbeit eingestellt.

**Offener Brief** an die Herren Berichterstatter unserer Partei über meine agitatorische Thätigkeit und Fähigkeit.

Auf mein bössiges Ansuchen um Mittheilung der Berichte über meine Agitationsreise erhielt ich soeben von unserem Parteigenossen York die Nachricht, daß dieselben beinahe (mit Ausnahme von Darmstadt) sehr ungünstig lauten. Man wirft mir nicht nur mangelhaftes Verständniß, sondern gänzliche Unkenntnis der sozialen Frage und Bewegung vor! Jeder Parteigenosse, der mich genauer kennt, wird über ein solch hartes Urtheil empört sein oder lächeln.

Bürger Berichterstatter! Ich bin nicht gesonnen, Euren Lannstuch auf mich ruhen zu lassen, ich sage Euch des Vorwurfs und der Ueberhebung an, und bin bereit, den Beweis anzutreten, daß Ihr nicht unfehlbar seid. — In Offenbach haben mir mehrere ältere Mitglieder ihre vollste Befriedigung über meinen Vortrag ausgesprochen und mir den günstigsten Bericht in Aussicht gestellt, ohne jede Aufforderung meinerseits. Lautete der Bericht anders? Es ist eine bekannte Thatsache, daß diejenigen Menschen, die etwas gelernt haben und wertvolle Wissen besitzen, in allen Dingen das mittheilende Urtheil abgeben, aber in eben dem Maße, als das Wissen abnimmt, nimmt auch die Härte des Urtheils zu. Deshalb sagt auch schon das Sprichwort: „Nicht die schlechtesten Früchte sind es, an welchen die Bäume nagen.“ Thatsache ist es, daß Unwissende, noch mehr aber Halbwissende der besten Ueberzeugung leben, sie verstehen Alles, was es wäre, besser, als alle Andern, die das sind, was sie wären, aber nicht sind. — Es giebt Leute, die nicht im Stande sind, einen richtigen Satz zu bauen und die sich dennoch für große Redner halten. Es giebt Leute, die gar keine Befähigung zum Redner haben, dafür aber eine gute Lunge besitzen und somit im Stande sind, eine ganze Stunde lang zu schwätzen, sich handstetmal zu wiederholen, um schließlich sehr wenig oder auch gar nichts gesagt zu haben. Wir soweränder Verachtung bilden sie auf den, der ruhig, besonnen, logisch und wissenschaftlich sein adema abhandelt. Das habe ich gethan — und jetzt sehe ich allen den Berichterstattern, die mich der Unwissenheit in so vielen Dingen bezichtigten, zu Diensten, um ihnen den Beweis zu liefern, daß sie mich verurtheilt haben. Ich bin das mir selbst schuldig, um das Vorurtheil zu vernichten, als hätte ich mich überhöhen und mir Dinge angewandt, die ich nicht auszuführen im Stande war und bin es dem Ausschusse schuldig, der mich beauftragte! Meine Herren Berichterstatter! Sie sind mir Satisfaction schuldig. Wollen Sie mir daselbe geben? — Wohlan, wählen Sie, Jeder von Ihnen, ein sozialistisches Thema (Hartgrenzen) und lassen Sie mir daselbe zukommen, dann wollen wir Beide eine Abhandlung darüber schreiben und wir schicken dieselbe an den Ausschuss und die Controlcommission zur Beurtheilung, welche Arbeit das größte Verständniß voraussetzt. Das Resultat wird im „Volksstaat“ veröffentlicht! Die Arbeit muß Original sein und darf weder aus Büchern noch aus Broschüren abgeschrieben werden; die Untersuchung darüber pflegen der Ausschuss und die Controlcommission.

Parteilosen! Der Vorschlag ist gewiß loyal. Ihr seid mir diese Notiz schuldig und werdet Euch Eurer Pflicht nicht entziehen. Ich erwarte von jedem Berichterstatter das von ihm gewählte Thema in kürzester Zeit und somit zeichne ich

mit sozial-demokratischem Gruß und Handschlag  
Der Carige  
Emil Koland  
in St. Wendel bei Saarbrücken.

NB. Sollten die Herren Berichterstatter meinen Vorschlag vornehmlich ignoriren, so bleibt es bei meiner gerechten Anklage derselben. Der Obige.

**Zur Notiznahme.**

Der zum Abdruck im „Volksstaat“ an die Redaktion eingesandten Abrechnung des Langenauer sozial-demokratischen Arbeitervereins, sowie der gleichfalls zum Abdruck eingesandten, bereits in Nr. 25 des „Volksstaat“ veröffentlichten Darlegung des Berliner Cigarren-Arbeiter-Comites, konnten wir mit Rücksicht auf den beschränkten Raum des Blattes die Aufnahme nicht gestatten, zumal erstere Einblendung nicht von allgemeinem Interesse, letztere aber den dabei interessirten Personen schon durch den „Volksstaat“ bekannt gegeben ist.

**Der Ausschuss** der sozial-demokr. Arbeiter-Partei.

**Zur Beachtung für Mainz und Umgegend.** Die Vertrauensmänner werden hierdurch nochmals aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, daß am 21. Juli alle Orte der Umgegend in Mainz vertreten sind. Die lokalen Anordnungen haben die Mainzer zu treffen und bekannt zu geben.

**Briefkasten**  
der Expedition: Ballrodt in Frankenhäuser in Th. für Schriften 3 Gr., für Annoncen 2 Gr. f. R. H. ist in Mainz. Best in Hannover f. Annoncen 1 Thlr. 7 Gr. Gugg in Graz 16 Gr. Raumann in Reudorf f. Abonn. II. Qu. 4 Thlr. 11 Gr. Röder in Reudorf f. Schrift 4 Thlr. 14 Gr. Niemensberger in Marzischen f. Abonn. 2<sup>1/2</sup> Thlr., für Schriften 2 Thlr. 15 Gr. Vemoisne in Mainz f. Abonn. II. Qu. 50 Thlr. Sauerteig i. Gotha f. Abonn. II. Qu. 19 Thlr. 25 Gr. 5 Pf. L'Opinion National f. Abonn. 4 Thlr. f. in Best f. Schrift 2 Thlr. 20 Gr. Schulz in Hamburg f. Abonn. II. Qu. 34 Thlr. 4 Gr. 5 Pf., f. Schrift 24 Thlr. 9 Gr. 5 Pf. Hod in Regensburg: Die Briefe sind richtig wie auf Rechnung, andere Photogr. habe ich nicht. „Was ich im Reichstag sagte“, ist durch einen Anhang verstärkt. Arbeiterlesebuch nicht vor 2 Monat zu haben. Müller f. Abonn. II. Qu. 13 Thlr. Kettel jr. Weimar f. Abonn. II. Qu. 10 Thlr. Georgy in Best f. Schrift 2 Thlr. 20 Gr. Biergiebel in Crimmitschau f. Abonn. II. Qu. 14 Thlr. 4 Gr. 5 Pf. Dr. W. in Berlin f. Schriften 1 Thlr. Gewerkschaft der Holzarbeiter Leipzig f. Annoncen 3 Thlr. 5 Pf. Dehne in Weisau: Raummangel nöthigte mehrere Annoncen zurücklassen zu müssen. Annoncen sind an die Expedition zu senden. Indirekte Steuern kann ich Ihnen nur das Expl. zu 16 Gr. durch Buchhandel besorgen, außerdem alles vergreifen. Dr. Voruttan in Genf: für Abonn. 1 Thlr., es wurde Ihnen stets und regelmäßig der „Volksstaat“ per Krabb. gefandt, die Schuld muß in Genf liegen. Falk in Köln f. Abonn. II. Qu. 18 Thlr. 16 Gr. 8 Pf. Sabor in Frankfurt: f. Schrift. 12 Gr. 8 Pf. Ferd. Sachs in Romburg: für gewünschte Feste sind 2<sup>1/2</sup> Gr. in Briefmarken einzusenden. Wiggallin Gera f. Schriften 6 Gr. Süb. in Best f. Schriften 6 Thlr.

Der Redaktion: R. in Effen: In nächster Nr. — Sorge in Hoboken: Die vermischten Correspondenzen vom 1. u. 22. Mai befinden sich in Nr. 47 u. 48. G. R. in Braunschweig. Da das Blatt bei Empfang Ihres Auftrags bereits fertig gestellt war, konnte für diese Nummer Ihrem Wunsche unmöglich entsprochen werden.

**Für politisch Gemahregelte.**  
Unbenannt 2 Gr.; v. R. H., Wiesbaden 15 Gr.; von G. L. in A. 25. Thlr. Exped. d. „Volksst.“

**Für den „Volksstaat.“**  
Unbenannt, Leipzig 1 Theiltheil zu 1 Thlr. von dem Gründungs-fond des „Demokr. Wochenblattes.“ Exped. d. „Volksst.“

**Konferenz des Rhein- und Maingaues.**  
Sonntag, den 21. Juli, Vormittags 10 Uhr in der „alten Krone“ in Mainz.  
Der Vertrauensmann  
D. J. Vemoisne.

**Für Göttingen.**  
Nächsten Sonntag, Zusammenkunft bei Mayer, Wirth, Habritzstraße.

**Für Hannover.**  
Sozial-demokratische Arbeiterpartei.  
Sonnabend, den 20. Juli, findet im Lokale des Herrn Bartling, Knochenhauerstr. 59.

**Geschlossene Mitgliederversammlung**  
statt.  
Tagesordnung: 1) Sozialpolitischer Wochenbericht. 2) Ueber den Entwicklungsgang im Völkerverleben, Ref. Wiemer. 3) Wahl eines Schiedsgerichtes.  
Sämmtliche Mitglieder werden aufgefordert, pünktlich und ohne Ausnahme zu erscheinen. Die Mitgliedsarten sind vorzuziehen.  
Der Vertrauensmann.

**Für Breslau.**  
Sozial-demokratische Arbeiter-Partei.  
Montag, den 22. d. M. Abends 8 Uhr, öffentliche Versammlung in Klose's Restauration, (früher Schwente) Waitzstraße 16. Die Tagesordnung besagen die Plakate. Um recht zahlreiche Beteiligung bittet  
G. D. hme.

**Für Augsburg.**  
Sozial-demokratischer Verein.  
Sonntag, den 21. Juli, Morgens 6 Uhr, Zusammenkunft bei Donat Ott, Bahnhofstraße.

**Morgen-Partie**  
nach Stadbergen, Göttingen u. c., an der sich jedoch nur Männer betheiligen. Rückmarsch in die Stadt Mittags 12 Uhr.  
Nachmittags 4 Uhr, im Geisterhause  
**Garten-Fest.**  
Eintritt à Person 6 fr.

Die Mitglieder der Fachvereine, sowie die sozial-demokratischen Arbeiter Augsburgs überhaupt ladet zu zahlreicher Beteiligung ein  
der Ausschuss.

**Für Greitz.**  
Alle Abonnenten und Miteiler des „Volksstaat“ werden auf  
Montag, den 22. Juli, Abends 9 Uhr  
in Reichenhof  
zu einer Besprechung eingeladen. Ein Abonnent.

**Für Leipzig.**  
Fach-Verein der Kürschner und Mützenmacher  
Leipzigs und Umgegend.  
Sonntag, den 21. Juli findet ein  
**Kränzchen**  
in Connewitz im Kaffegarten statt, wozu wir freundlichst Jedermann hiedurch einladen. — Anfang, Nachmittags 4 Uhr.  
Das Festcomitee.

**Für Leipzig.**  
Sozial-demokratischer Arbeiter-Verein.  
Freitag, den 19. Juli Abends 8 Uhr,  
im Leipziger Saal.

Tagesordnung: Soz.-pol. Wochenbericht, Ref. Nauert. Das Gast-Nichtgeseh.  
Gäste willkommen. Der Vorstand.

Im Verlage der Expedition des „Volksstaat“ ist erschienen resp. von ihr zu beziehen:

F. Engels, Der deutsche Bauernkrieg 5 Thl. gr. Pf.  
Die Lage der arbeitenden Klassen in England. — 20 —

Im Selbstverlage sind erschienen:  
**Sozial-demokratische Abhandlungen.**

Von  
R. Kittinghausen.  
Erstes Heft. Die Philosophie der Geschichte. 2. Auflage.  
Zweites Heft. Ueber die Nothwendigkeit der direkten Gesetzgebung durch das Volk.  
Drittes Heft. Die unhaltbaren Grundlagen des Repräsentativ-Systems.  
Viertes Heft. Ueber die Organisation der direkten Gesetzgebung durch das Volk.

Auf portofreie Einbindung (in Briefmarken) von 3 Sgr. 4 Pf. für das erste und von 2 Sgr. 4 Pf. für jedes andere Heft erhält der Besteller die Schriften franco unter Kreuzband.  
Das fünfte Heft erscheint in vierzehn Tagen und wird dann angezeigt werden.

Den Parteigenossen ist zu empfehlen, der Porto-Ersparniß wegen gemeinschaftliche Bestellungen zu machen.  
Adr. Kittinghausen in Köln, Vereinstraße 36.

**„Süddeutsche Post“ und „Deutscher Demokrat“**  
in München

erscheinen seit 1. April an vereinigt, indem letzterer mit der „Süddeutschen Post“, die täglich erscheint, verschmolzen wurde.  
Die „Süddeutsche Post“ enthält: Leitartikel, Politische Uebersicht, Correspondenzen aus Deutschland und dem Ausland, Bayerische Angelegenheiten, Gewähltes Geniesse, Vermischtes, Handel, Verkehr und Landwirtschaft, die Münchener und Frankfurter Courje u. s. w. und ist in eingeschrieben freibleibendem Sinne redigirt.

Der Preis des reichhaltigen Blattes pro Quartal ist beispiellos billig und beträgt auswärts nur 1 fl. oder 17<sup>1/2</sup> Sgr., wozu noch die etwaige Stempelgebühr kommt.

Man abonnirt bei allen Postämtern und Postboten.  
Die Redaktion und Expedition.

**„Braunschweiger Volksfreund“**  
erschient  
jeden Sonntag Abend

für den billigsten Abonnementspreis von 15 Gr. pro Quartal, in Preußen 20 Gr. incl. Stempelsteuer.  
Derselbe bringt die neuesten politischen Nachrichten, Original-novellen aus der Feder der tüchtigsten Schriftsteller, unterhaltende Mittheilungen, Volksnachrichten, und bepricht in Original-artikeln die politischen und sozialen Tagesfragen und wichtige neue Ideen von allgemeinem Interesse vom freisinnigsten Standpunkte.

Das wöchentlich einmal erscheinende demokratische Wochblatt  
**„Braunschweiger Leuchtkugeln“**

erhalten die Abonnenten gratis.  
Die weite Verbreitung empfiehlt das Blatt zu Anno-cen, welche die dreigekaltene Zeitzeile mit nur 1<sup>1/2</sup> Gr. berechnet werden. Bei größeren oder regelmäßig wiederkehrenden Annoncen entsprechender Rabatt.  
Man abonnirt bei allen Postämtern und Landbriefträgern.

**An die Leser des „Volksstaat“ in Leipzig und Umgegend.**  
Unser Colporteur Müller ist angewiesen, die Abonnements-Beiträge pränumerando zu erheben, sowohl für das Quartal (12 Gr.) wie für den Monat (4<sup>1/2</sup> Gr.) Wer zu Mitte eines Monats nicht bezahlt hat, kann das Blatt nicht weiter erhalten. Die noch vom II. Quartal restirenden Beiträge wolke man gef. sofort entrichten.  
Die Expedition des „Volksstaat.“

Leipzig: Verantw. Redakteur H. Rutz; Redaktion u. Expedition Hofstr. 4; Druck u. Verlag v. G. Thiele.